Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 168 (2002)

Heft: 6

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

DEUTSCHLAND

Reduzierung des militärischen Engagements auf dem Balkan

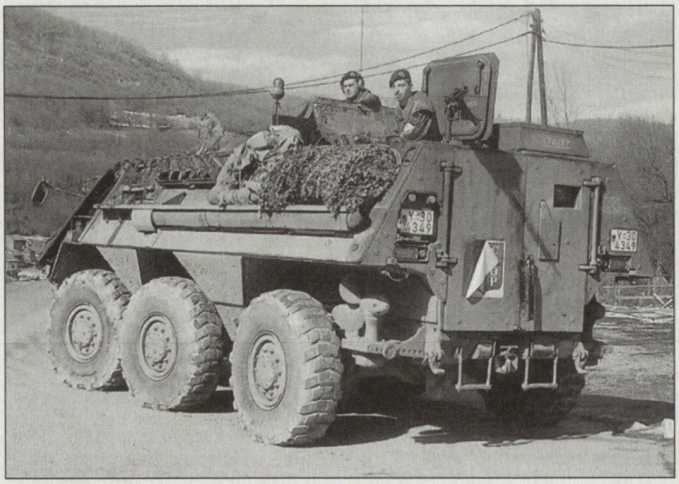
Gemäss Aussagen des deutschen Verteidigungsministers Scharping soll das deutsche militärische Engagement auf dem Balkan noch in diesem Jahr reduziert werden.

Bei der SFOR in Bosnien-Herzegowina sind derzeit insgesamt 18000 Soldaten stationiert; wovon rund 1700 Deutsche sind. Im Kosovo sorgen insgesamt 38000 Soldaten für einen weiterhin mindestens teilweise gefährdeten Frieden; davon sind rund 4700 aus Deutschland.

Gemäss vorliegenden Planungen sollen bis Ende dieses Jahres aus Bosnien-Herzegowina etwa 700 deutsche Soldaten abgezogen werden. Gemäss Aussagen des Generalinspekteurs der deutschen Bundeswehr, General Kujat, soll das KFOR-Kontingent um rund 30 Prozent (rund 1500 Personen) reduziert werden. Diese Verringerungen wären aber nach allgemeinen Einschätzungen nur bei günstiger politischer Entwicklung in der Krisenregion möglich. Ausserdem müsste die europäisch geleitete Polizei ihre Arbeit in dem seit langem geplanten Umfang aufnehmen und mindestens teilweise die Aufgaben der Militärs übernehmen. Darauf drängen die NATO sowie die Streitkräfteführung diverser Staaten seit längerem. Sie wollen sich der Aufgaben entledigen, die sie als nicht militärisch betrachten. Eine Verringerung der Belastung ist für die Bundeswehr auch in Mazedonien zu erwarten. Dort hatte Deutschland seine Führungsrolle schon Ende März 2002 abgeben wollen. Auf Drängen Mazedoniens wurde das Mandat der Task Force «Fox» (TFF) bis Ende Juni verlängert, und die Bundeswehr steht dort weiterhin mit 600 von insgesamt etwa tausend Soldaten im Einsatz. Im Juni soll die niederländische Armee die Führung der TFF übernehmen, dadurch wird auch hier für die deutsche Bundeswehr eine Entlastung eintreten.

Ob allerdings die Bundeswehr mit den Truppenreduzierungen auf dem Balkan neue Handlungsfreiheit gewinnt, ist zweifelhaft. Denn parallel zum laufenden Einsatz in Afghanistan und zu Gunsten der Operation «Enduring Freedom» sind auch weiterhin Kontingente für SFOR, KFOR und TFF zu stellen. hg

Kampfflugzeug «Tornado» mit Abstandslenkwaffe «Taurus».



Deutsche Truppen der SFOR (Bild Spz «Fuchs»).

Einführung der modularen Abstandswaffe «Taurus»

Mit der Einführung der Abstandswaffe «Taurus» KEPD-350 werden die deutschen Luftstreitkräfte erstmals über die Fähigkeit zur punktgenauen Bekämpfung von Zielen in der Tiefe verfügen. Die Lenkwaffe «Taurus» ist zunächst als Bewaffnung für die Kampfflugzeuge des Typs «Tornado» und später auch für jene des Typs «Eurofighter 2000» vorgesehen. Der moderne Flugkörper kann gegen ein breites Spektrum von möglichen Punkt- und Flächenzielen eingesetzt werden. Eigenschaften wie hohe Fluggeschwindigkeit und Manövrierfähigkeit während der Flugphase gewährleisten in Verbindung mit einer geringen Radarsignatur sowohl eine hohe Zielgenauigkeit als auch eine gute Überlebenswahrscheinlichkeit. Das Kernelement der «Taurus» bildet der Gefechtskopf, der mit hoher Durchschlagsleistung auch für die Bekämpfung mehrgeschossiger unterirdischer Bunkeranlagen optimiert ist. Der vorhandene Tandem-Gefechtskopf besteht aus einer Vorhohlladung, dem Penetrator mit integriertem Zünder und einem optoelektronischen Abstandssensor.

Um eine hohe Waffenwirkung sicherzustellen, verfügt der «Taurus» über ein leistungsfähiges Missionsplanungssystem. Die zentrale Missionsplanung (ZMP) verarbeitet offline im Vorfeld des Einsatzes Geländedaten und identifiziert Navigationspunkte zwecks Korrektur von Navigationsfehlern während des realen Fluges. Die dezentrale Missionsplanung (DMP) wird in den Geschwadern der Luftwaffe auf der Grundlage von Einsatzbefehlen durchgeführt.

Zurzeit befindet sich das Lenkwaffensystem «Taurus» im Stadium der Truppenversuche und Serienvorbereitung. Neben der deutschen Luftwaffe haben auch Italien, Spanien und Schweden ihr Interesse an einer Beschaffung angemeldet. Deutschland hat die Beschaffung von 600 Lenkwaffen «Taurus» im Umfang von 570 Mio. Euro in Auftrag gegeben. hg

Neue heftige Diskussionen über Wehrpflicht

Infolge einer Normenkontrollklage des Potsdamer Landgerichts zur Verfassungsmässigkeit der Allgemeinen Wehrpflicht unter der veränderten sicherheitspolitischen Lage hat sich in Deutschland die diesbezügliche Diskussion neu entwickelt. Ein Wehrpflichtiger hatte vor einem Potsdamer Amtsgericht 1993 mit dem Argument, unter der veränderten Sicherheitslage sei die Allgemeine Wehrpflicht ein unverhältnismässiger Eingriff in die Grundrechte eines Wehrpflichtigen, eine Totalverweigerung begründet. Das Potsdamer Landgericht bat das Bundesverfassungsgericht in einer Normenkontrollklage um Feststellung.

Im April hat das BVG die Klage mit der Begründung, es lägen formale Mängel vor und bei veränderter Sicherheitslage sei es Sache des Gesetzgebers, hierauf zu reagieren, zurückgewiesen. Auch Bündnisverpflichtungen könnten beispielsweise ein Grund für die Wehrpflicht sein. Damit ist die Entscheidung über die Notwendigkeit einer allgemeinen Wehrpflicht wieder in die Hände der Politiker gelegt worden.

Während «Grüne», PDS und FDP unter Geltendmachen unterschiedlicher Gründe eine Armee aus Freiwilligen und Berufssoldaten fordern, halten Teile der SPD, vor allem Bundeskanzler und Verteidigungsminister, und die Union an der Wehrpflicht fest.

In der Union gab es eine heftige Diskussion auf Grund eines CDU-Papiers zur Neuordnung der Bundeswehr, das unter Federführung des früheren CDU-Vorsitzenden Wolfgang Schäuble zustande kam. In diesem wurde eine Zweiteilung der Streitkräfte vorgeschlagen: Bei einem Gesamtumfang von 300000 Mann müsse die Bundeswehr Kräfte zur Prävention, Krisenreaktion und den Stabilitätstransfer mit starker internationaler Verflechtung einerseits sowie zum Territorial- und Heimatschutz andererseits zur Verfügung haben. Diese Zweiteilung der Aufgaben erfordere zwei unterschiedlich ausgebildete und ausgerichtete Teile. Die ersten Aufgaben könnten nur von einer

hochtechnisierten Berufsarmee erfüllt werden, während für die Territorialverteidigung Wehrpflichtige mit einer Dienstzeit von 5 bis 6 Monaten herangezogen werden könnten. Damit sei auch die Frage der Wehrgerechtigkeit entschärft. Der sicherheitspolitische Sprecher der Union, der frühere Verteidigungsminister Rühe, war an der Erarbeitung des Papiers nicht beteiligt. Er hält an seiner alten Vorstellung, 300000 Mann, 9 Monate Wehrpflicht, einheitliche Streitkräfte, fest. Die beiden Vorsitzenden Merkel und Stoiber haben inzwischen diese Vorstellung als Meinung der Union öffentlich bekräftigt. Bei der Bundeswehrkommandeurtagung, die im April in Hannover abgehalten wurde, betonten Bundeskanzler Schröder und Verteidigungsminister Scharping vehement, sie hielten am Grundsatz der Allgemeinen Wehrpflicht auch unter den veränderten Verhältnissen fest. Es mache keinen Sinn, diese Institution in Frage zu stellen. Der Bundeskanzler ist sicher, dass diese Haltung auch im Wahlprogramm der SPD festgeschrieben wird.

Dennoch gibt es in der SPD starke Kräfte, die gegensätzlicher Auffassung sind. Kürzlich hat sich die Führung der Jungsozialisten, deren Vereinigung 70000 Mitglieder angehören, einheitlich für die Abschaffung der Allgemeinen Wehrpflicht ausgesprochen. Die FDP will zu diesem Thema eine Unterschriftenaktion starten. Die Frage der Verfassungsmässigkeit landet vor dem Europäischen Gerichtshof. Politisch ist hierüber noch nicht das letzte Wort gesprochen. Tp

Kommandeurtagung: Unterschiede in der Wahrnehmung und Darstellung der Lage der Bundeswehr durch Politiker und Militärs

Im April 2002 fand in Hannover die diesjährige Kommandeurtagung der Bundeswehr statt. Daran nahmen zirka 600 höhere Kommandeure vom Dienstgrad Oberst bis zum Vier-Sterne-General teil. Es fiel auf, dass der Verteidigungsminister, der mit seiner Rede die Tagung eröffnete, und der Bundeskanzler in ihren Ausführungen einen starken Unterschied in der Wahrnehmung der Realität der Streitkräfte zu der der Militärs zu erkennen gaben. Dies trat insbesondere in den Diskussionen zu Tage. Nach Scharping ist die Bundeswehr «intakt». Die Mittel seien gerade «hinreichend». Gleichwohl seien in Teilen die Grenzen der Belastbarkeit überschritten. Die Bundeswehr muss gemäss seiner Auffassung personell verstärkt werden. Er werde noch in diesem Monat Entscheidungen über eine Erholung des Umfanges von 282000 auf 290000 treffen. Hiervon seien, funktionsbezogen, Wehrdienstleistende, freiwillig längerdienende Wehrdienstleistende (FWDL) und Zeitsoldaten betroffen. **Einheiten, die die Sicherung des deutschen Luftraumes gewährleisten, Aufklärungs-, Fernmelde-, Führungs- und Logistikverbände würden verstärkt.** Diese Veränderungen der bisherigen Strukturplanung seien Folgen der Ereignisse vom 11. September 2001. Schröder würdigte das Engagement und die Flexibilität, mit der die Bundeswehr auf die Herausforderungen der letzten Jahre, besonders bei den Auslandeinsätzen, reagiert habe. Das habe ihr auch im Ausland hohes Ansehen verschafft.

Der Aufgabe, die terroristischen Netze zu zerschlagen, werde man sich auch in Zukunft widmen müssen. Zu den Finanzproblemen, die der Bundeswehr aus den Auslandeinsätzen und der Umsetzung der durch die Regierung eingeleiteten Reform erwachsen, äusserte er sich ausweichend. Nur mehr Geld für die Reform zu fordern, komme aus Gründen der Gesamtknappheit der finanziellen Mittel und dem Ziel der Konsolidierung des Haushaltes nicht in Betracht.

Beide Politiker versuchten den Eindruck zu vermitteln, trotz der neuen Aufgaben und der Knappheit des Verteidigungsetats sei die Ausstattung der Bundeswehr noch hinreichend und die Streitkräfte seien insgesamt gesehen «intakt».

Generalinspekteur General Kujat, der eine kritische Bilanz zog und bei gleich bleibender Finanzierungshöhe die Durchführung der Reform für gefährdet erklärte, sprach sich nachdrücklich für die Beibehaltung der Wehrpflicht aus. Eine Abschaffung hätte langfristig eine Verkleinerung des Umfangs auf 140000 Mann zur Folge.

Von den zurzeit 300000 Soldaten bleiben bei Ausbleiben der Wehrpflichtigen nur etwa 188000 Zeit- und Berufssoldaten in den Streitkräften. Deren jährlicher Regenerationsbedarf liege bei 23000. Gut die Hälfte hiervon käme aus den Reihen der Wehrpflichtigen. Bei Wegfall dieses Potenzials schrumpfe die Anzahl der Freiwilligen um 10000 pro Jahr. Das ergäbe in 4 bis 5 Jahren einen Umfang von 140000 bis 150000 Soldaten. Dieser Rückgang ginge vor allem zu Lasten der Einsatzverbände, weil die Basisorganisation nicht geschmälert werden könne. Mit diesen Beständen könnten die durch die Politik gegebenen Aufträge nicht erfüllt werden.

In der Aussprache wurde von anwesenden Generälen zum Teil harte Kritik geübt, die sich vor allem auf das Auseinanderklaffen zwischen politischem Auftrag und zur Verfügung stehenden Mitteln bezog. In diesem Zusammenhang kam die unterschiedliche Wahrnehmung der Wirklichkeit klar zum Ausdruck. Tp

GRIECHENLAND

Mobile Fliegerabwehrsysteme für die griechische Armee

Das griechische Heer beginnt im Herbst 2002 mit der Einführung des taktischen Flab-Systems SHORADS (Short Range Air Defence System). Griechenland hat sich im Herbst 2000 für das von der deutschen Firma ATLAS Elektronik in Bremen gefertigte Flugabwehrsystem kurzer Reichweite entschieden.

Bei der griechischen Version handelt es sich um eine Exportversion des Leichten Flugabwehrsystems (LeFlaSys) der Bundeswehr, das gegenwärtig für das deutsche Heer in Produktion steht. Die griechischen Systeme mit der Bezeichnung ASRAD (Atlas Short Range Air Defence) bestehen aus der Waffenanlage mit Optronik sowie Funkeinrichtung und Trägerfahrzeugen des Typs «Wolf». Diese werden von der griechischen Firma ELBO in Lizenz hergestellt. Der im Jahr 2000 abgeschlossene Vertrag umfasst insgesamt 54 Waffensysteme sowie Simulatoren für die Ausbildung. Das Gesamtvolumen des Auftrags beträgt 134 Mio. Euro. Die im Herbst 2002 beginnende Auslieferung wird sich über einige Jahre erstrecken. hg

Standardversion des taktischen Flab-Systems ASRAD (im Bild auf Spz M-113).

ITALIEN

Zur laufenden Streitkräftereform

Hauptbestandteil der laufenden Streitkräftereform in Italien ist der Übergang von der allgemeinen Wehrpflicht zur Berufs- oder Freiwilligenarmee. Die damit verbundenen Rekrutierungsprobleme sind allerdings grösser als ursprünglich angenommen. Dennoch soll der Wechsel bereits Ende 2004 abgeschlossen sein. Im Jahre 2002 ist eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben um 7,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr vorgesehen; damit wird der seit langem geforderte Anteil von 1,5

Vorgesehene Modernisierung der Kampfhelikopter A-129 «Mangusta» beim italienischen Heer.

Prozent des Bruttosozialproduktes beinahe erreicht. Ein grosser Teil der zusätzlichen Mittel muss allerdings für Personalausgaben verwendet werden. Grund dafür ist einerseits der Übergang zur Freiwilligenarmee und andererseits die zunehmenden Kosten für Auslandeinsätze. Die Löhne und Vergütungen für Soldaten im Auslandeinsatz sind massiv höher als bei Dienstleistungen in Italien. Grundsätzlich soll aber künftig der Anteil für Operationen und Investitionen auf Kosten der Verwaltung erhöht werden. Das Schwergewicht liegt weiterhin bei multinationalen Einsätzen zur Friedenssicherung (PSO).

Das italienische Heer wird im laufenden Haushaltjahr 7,8 Prozent mehr Geld zur Verfügung haben. Beschaffungsschwerpunkte sind der Schützenpanzer «Dardo» und andere dringend benötigte Fahrzeuge. Dazu kommt die erste Beschaffung von Transporthelikoptern NH-90 sowie die Modernisierung von Kampfhelikoptern «Mangusta».

Im Haushalt der italienischen Luftwaffe nimmt die Beschaffung der ersten Kampfflugzeuge «Eurofighter» den grössten Posten ein. Für die geplante Einführung der Transportflugzeuge A400M sind weiterhin keine Mittel vorgesehen. Die geplante Beschaffung von 17 A400 M ist auch in Italien weiterhin umstritten. Grundsätzlich besteht aber ein dringender Lufttransportbedarf; für die Überführung italienischer Truppen nach Kabul (Afghanistan) musste ein Grosstransporter An-124 eingemietet werden. hg

FINNLAND

Kauf von gebrauchten Kampfpanzern «Leopard 2»

Gemäss vorliegenden Planungen des Generalstabes beabsichtigt die finnische Armee die Beschaffung von rund 100 Kampfpanzern «Leopard 2A4». Diese sollen von der deutschen Bundeswehr übernommen und in eine der beiden finnischen Panzerbrigaden eingegliedert werden. Finnland verfügt derzeit über 100 veraltete T-55 sowie über 162 Kampfpanzer T-72, die Anfang der 90er-Jahre günstig von der Bundesrepublik Deutschland aus den Beständen der ehemaligen NVA übernommen worden waren.

Gemäss Aussagen der finnischen Heeresführung wäre dieser Kauf eine Gelegenheit, die Umrüstung der Panzerwaffe von östlicher Technologie auf einen modernen westlichen Panzer einzuleiten. Zudem haben die Planungen ergeben, dass ein Programm zur Leistungssteigerung und Einsatzverlängerung der T-55 und T-72 wesentlich teurer zu stehen käme. Angeblich soll der Kauf von 100 gebrauchten «Leopard 2A4» lediglich etwa 100 Mio. Euro kosten, wobei nach unbestätigten Angaben die deutsche Bundeswehr diese überschüssigen Panzer zu einem Stückpreis von zirka einer halben Million Euro anbieten soll. Im Kaufpreis von 100 Millionen Euro wären auch Ersatzteile, Munition und das notwendige Ausbildungspaket eingeschlossen.

Die Einführung der «Leopard 2A4» ist frühestens 2005 vorgesehen, wobei mit einer geplanten Einsatzdauer – nach entsprechender Modernisierung – bis Ende 2020 gerechnet werden kann. Bei der Panzertruppe des finnischen Heeres ist künftig die Nutzung von 100 «Leopard 2» sowie 100 T-72 vorgesehen. Ein grösserer Bedarf an Kampfpanzern soll nicht mehr notwendig sein. Mit der Einführung des «Leopard 2» soll auch die finnische Panzertruppe ihre Kooperation mit Schweden, Norwegen und Dänemark verstärken, die heute alle ebenfalls über diesen Panzertyp verfügen. hg

Kampfpanzer «Leopard 2A5» (links) und «2A4» (rechts).

POLEN

Prototyp einer neuen Panzerhaubitze

In Polen sind im Herbst 2001 erste Erprobungen mit Prototypen der neuen Panzerhaubitze 155 mm «Krab» vorgenommen worden. Im Zusammenhang mit der polnischen Evaluation eines neuen Artilleriesystems sind bereits im Jahre 1999 Erprobungen mit der britischen Panzerhaubitze AS-90 durchgeführt worden. Dabei wurden im Wesentlichen die Leistungsmerkmale des britischen Turmes untersucht. Aufgrund der Erprobungsergebnisse wurden zwischenzeitlich sechs Türme der AS-90 für weitergehende Untersuchungen bestellt. Ursprünglich war geplant, die Türme auf einem modifizierten Fahrgestell des eigenen polnischen Kampfpanzers PT-91 zu integrieren. Offenbar gab es dabei schwer wiegende technische Probleme, sodass das polnische Unternehmen Obrum beauftragt wurde, zur Aufnahme der Geschütztürme ein neues Fahrgestell mit Frontantrieb zu konstruieren. In dieser Konstellation wurden im September 2001 erste Schiessversuche unternommen. Die Kombination von Geschütztürmen mit neuen Fahrgestellen beinhaltet bekanntlich grosse Risiken im Hinblick auf die Systemverträglichkeit.

Im Vergleich zur deutschen Panzerhaubitze 2000 wird das polnische Waffensystem leichter und preisgünstiger ausfallen. Andererseits weist das System «Krab» geringere Leistungen bezüglich Mobilität und Einsatzautonomie auf.

Prototyp der polnischen Panzerhaubitze 155 mm «Krab».

Gemäss Planung will das polnische Heer in den nächsten Jahren etwa 78 neue Panzerhaubitzen einführen. Gleichzeitig ist das neue mobile Artilleriesystem «Krab» auch für den Export vorgesehen. hg

ÖSTERREICH

Reorganisation des Bundesministeriums für Landesverteidigung (BMLV)

Die Planungsphase des Projektes «Reorganisation des BMLV und der Kommanden/Dienststellen der oberen Führung» wurde im Januar 2002 abgeschlossen. In der Folge wurde die Überleitungs- und Realisierungsphase dieses Projektes eingeleitet. Die Zentralverwaltung des BMLV muss bis zum 31. Dezember 2002 die neue Organisationsstruktur umgesetzt haben. Die nachgeordneten Kommanden, Ämter und Dienststellen müssen die neue

Organisation bereits bis zum 31. Oktober dieses Jahres eingenommen haben. Für den vom Projekt erfassten Bereich ist als Zielsetzung angeordnet, dass grundsätzlich 20 Prozent des Personals eingespart werden soll.

Als Konsequenz der aktuellen sicherheitspolitischen Lage (Ereignisse vom 11. September 2001 usw.) und der daraus resultierenden zusätzlichen Aufgaben für das Bundesheer werden ein «Kommando Sondereinsatzkräfte» und ein Kommando Internationale Kooperation auf der Ebene der oberen Führung gebildet. Diese beinhalten das bisherige «Kommando für Internationale Einsätze» sowie andere Elemente. Das «Zentrum für Jagdkampf» wird dem künftigen «Kommando Sondereinsatzkräfte» unterstellt.

Das BMLV verfügt künftig über folgende nachgeordnete Kommanden:

- Landstreitkräfte
- Luftstreitkräfte
- Führungsunterstützung
- Einsatzunterstützung
- Internationale Kooperation
- Sondereinsatzkräfte

Dazu kommen folgende Ämter:

- Heeresnachrichtenamt
- Abwehramt
- Amt für Wehrtechnik und Beschaffung
- Heerespersonalamt
- Heeresbau- und Vermessungamt.

Gemäss Weisung des österreichischen Verteidigungsministers ist nach der Inkraftsetzung der Reorganisation eine zweijährige Erprobungsphase vorgesehen. Eine Evaluierung soll im Jahr 2005 erfolgen. hg

BELGIEN

Streitkräfte feierten 10 Jahre Balkaneinsatz

Mitte März 2002 haben die belgischen Streitkräfte ihre zehnjährige Anwesenheit auf dem Balkan, wo in der Zwischenzeit Tausende von belgischen Soldaten für die NATO, UNO oder EU im Einsatz waren und immer noch sind, gefeiert.

Am 13. März 1992 traf ein erstes Kontingent belgischer Soldaten in Belgrad ein, um dann nach Ostslawonien verlegt zu werden. Dies geschah nur einige Wochen nach der Feuereinstellung zwischen Serbien und Kroatien, das im Juni 1991 seine Unabhängigkeit erklärt hatte. Im späteren Verlauf wurden belgische Soldaten nach Bosnien, Albanien, Kosovo, Mazedonien usw. entsandt. Heute befinden sich immer noch rund 900 belgische Soldaten in der Region. Etwas über 800 Soldaten befinden sich in der MNB Nord im serbischen Teil von Kosovo und etwa 100 Personen sind beim NSE (National Support Element) in Mazedonien tätig. Laut dem Verteidigungsministerium kostet ein belgischer Soldat in der Krisenregion rund 25 000 Euro pro Jahr (Zusatzkosten). Und die Kosten der zehnjährigen Präsenz schätzt der Verteidigungsminister auf rund 500 Millionen Euro, wobei die jährlich im Verteidigungshaushalt für humanitäre Zwecke vorgesehenen 25 Millionen Euro bei weitem nicht mehr ausreichen.

Im Verlaufe der verschiedenen Missionen auf dem Balkan haben bis heute elf belgische Soldaten ihr Leben verloren. hg

RUSSLAND

Mangelnde Einsatzbereitschaft der russischen Luftstreitkräfte

Gemäss Aussagen des Kommandanten der russischen Luftstreitkräfte nimmt die technische Einsatzbereitschaft der Luftstreitkräfte von Jahr zu Jahr weiter ab. Eine Verbesserung dieser Situation ist in den nächsten Jahren nicht zu erwarten. Gemäss Planung des russischen Verteidigungsministeriums werden in den nächsten Jahren 40 Prozent der Verteidigungsausgaben für den Bereich Forschung und Entwicklung benötigt. Etwa ab 2010 sollen dann bis zu 70 Prozent der Budgetmittel für die Beschaffung neuer Waffen- und Gerätesysteme eingesetzt werden können.

Im aktuellen russischen Rüstungsprogramm 2010 (State Procurement Program 2010) wird der Entwicklung eines Kampfflugzeuges der nächsten (fünften) Generation hohe Priorität beigemessen. Die entsprechende Typenentwicklung soll möglichst rasch eingeleitet werden.

Unklar ist aber weiterhin, welcher der beiden in Frage kommenden russischen Kampfflugzeughersteller, «Sukhoi» oder «RSK MiG», den Zuschlag für die Neuentwicklung erhalten wird. Ursprünglich hätte dieser Entscheid im Frühjahr 2002 fallen sollen. Gemäss Planungen sollte der erste von vier Prototypen des neuen Kampfflugzeuges in den Jahren 2006 bis 2007 die Flugerprobungen aufnehmen. Mit einer Serienproduktion kann erst etwa ab 2012 gerechnet werden, womit Russland im Vergleich zur USA, wo die neuen Typen F-22 «Raptor» und F-35 JSF bereits vor der Serienproduktion stehen, weiter in Rückstand geraten wird. In der Zwischenzeit soll die Einsatzbereitschaft der russischen Luftstreitkräfte mit Modernisierungsmassnahmen einigermassen ermöglicht werden. In diesem Jahr sollen rund 200 Kampfflugzeuge, hauptsächlich der Typen MiG-29 und Su-27, einem solchen Programm unterzogen werden.

Im Frühjahr 2002 ist wenigstens der Typenentscheid für den künftigen Kampftrainer der russischen Luftwaffe gefällt worden. Yakovlev hat sich dabei mit dem Yak-130 gegenüber dem MiG-AT durchgesetzt. Damit die Schulung der russischen Kampfpiloten einigermassen aufrecht erhalten werden kann, muss die Ablösung der veralteten L-39 «Albatros» dringend eingeleitet werden. Vorerst ist die Produktion von 200 Maschinen des Typs Yak-130 vorgesehen. hg

Prototyp des Kampfflugzeugs Su-30MK.

Modernisierung bulgarischer Kampfflugzeuge MiG-29 durch Russland

Ende März 2002 hat der bulgarische Verteidigungsminister mit dem russischen Kampfflugzeughersteller RSK MiG einen Vertrag unterzeichnet, der die Modernisierung der bulgarischen Kampfflugzeuge MiG-29 beinhaltet. Insgesamt 20 MiG-29 sollen innerhalb der nächsten drei Jahre modernisiert und den NATO-Standards sowie den Vorgaben der internationalen Zivilluftfahrtbehörde angepasst werden. Nebst den russischen MiG-Werken soll auch das bulgarische Flugzeugreparaturwerk in Plovdiv in das Modernisierungsprojekt eingebunden werden.

Für die Vergabe dieses Auftrags an die russischen MiG-Werke, die in Konkurrenz zum deutsch-russischen Joint-Venture-Unternehmen MAPS aufgetreten sind, sprachen vor allem die wesentlich geringeren Kosten. Zudem kann das Geschäft im Rahmen von russischen Schuldentilgungen gegenüber Bulgarien abgewickelt werden. Der Entscheid zu Gunsten RSK MiG hat zur Folge, dass für die europäische Luftfahrtunternehmen EADS keine Aufträge anfallen. Die insbesondere von der deutschen Firma DASA erhofften Modernisierungsaufträge für Kampfflugzeuge MiG-29 in den diversen Nachfolgestaaten der ehemaligen UdSSR können damit vermutlich endgültig abgeschrieben werden. Tatsache ist, dass die russischen Anbieter bezüglich MiG-29-Modernisierung wesentlich günstigere Angebote machen können. hg

Kampfflugzeug MiG-29 der bulgarischen Luftwaffe. ■